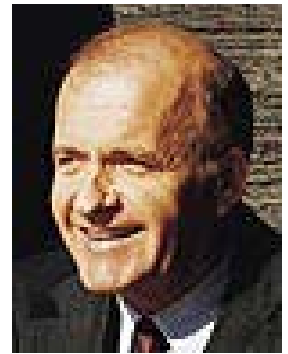


„Für uns sind die Menschen nicht für das Unternehmen da, sondern das Unternehmen ist für die Menschen da.“



„Wir brauchen ein Recht auf Einkommen“

Götz W. Werner, Chef der Drogeriemarktkette dm, über soziale Grund-sicherung, Muße und ein neues Konsumsteuer-Modell

BZ: Herr Werner, die Arbeitslosigkeit wird allgemein beklagt. Als Unternehmensleiter sind Sie einer der Menschen, die Arbeit geben. Sagen Sie uns: Wo könnte die Arbeit her kommen ?

Werner: Das ist doch genau genommen eine absurde Erwartung.

BZ: Warum?

Werner: Weil es eine gute Sache ist, wenn Menschen nicht arbeiten müssen. Dieses Geschrei nach „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ - als sei Wirtschaft eine beschäftigungstherapeutische Veranstaltung! Nein, in der Wirtschaft muss es darum gehen, die Dinge herzustellen, die die Menschen zum Leben brauchen oder wollen. Dafür ist immer weniger Arbeit nötig - und das eröffnet uns die Chance, uns vom Zwang zur Arbeit zu befreien. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte sind die Menschen - zumindest in den reichen Ländern - in der Lage, ihre Lebensmittel herzustellen, ohne die ganze Zeit dafür zu schuften. Das ist doch großartig.

BZ: Das sehen die acht Millionen Arbeitslosen sicher anders.

Werner: Klar, aber warum?

BZ: Weil sie keine Arbeit haben.

Werner: Nein, weil sie kein Einkommen haben. Einkommen und Arbeit sind in unserem Wirtschaftssystem aneinander gekoppelt. Das ist das Problem. Wir leben immer noch nach dem unzeitgemäßen Spruch „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Damit fallen wir aber noch hinter die alten Griechen zurück. Bei denen war Muße das Ziel, nicht Arbeit, die überließ man den Sklaven. Unsere Sklaven heute sind die Maschinen. Sie nehmen uns die Arbeit ab. Aktuell führt das aber nicht zu mehr Freiheit, sondern für Millionen zu mehr Not, die wir mit einem gigantischen Sozialsystem zu lindern versuchen. Die Krise der Sozialkassen zeigt, dass das immer schlechter funktioniert.

BZ: Wie kann man Arbeit und Einkommen entkoppeln?

Werner: Die eine Aufgabe der Wirtschaft ist es, die Güter und Dienstleistungen herzustellen. Das klappt heute so gut wie noch nie. Heute mangelt es nur an Einkommen. Hier hakt es gewaltig. Daher brauchen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen, dass jeder Mensch erhält, unabhängig von einem Arbeitsplatz. **Wir brauchen kein Recht auf Arbeit, wir brauchen ein Recht auf Einkommen.**

BZ: Wie hoch sollte dieses Grundeinkommen sein?

Werner: Das wird zu diskutieren sein. Es sollte das Leben auf einem kulturellen Existenzminimum ermöglichen - also nicht bloß das pure Überleben. **1 000 bis 1 500 Euro pro Monat** könnten so eine Daumenregel sein.

BZ: 1 500 Euro einfach so - wer geht da noch arbeiten?

Werner: Also erstens kann man davon ja auch nicht in Saus und Braus leben. Die meisten werden etwas dazu verdienen wollen. Der finanzielle Anreiz zur Arbeit ist weiter gegeben. Allerdings hätte man die Freiheit, auf einen Einkommens- und damit Arbeitsplatz zu verzichten, und stattdessen sinnvollere Dinge zu tun, in der Alten- oder Krankenpflege, im Umweltschutz, in der Bildung und so weiter - also dort, wo Arbeit heute derzeit schlicht zu teuer ist. Heute werden Millionen zu dem Verzicht auf diese Arbeit gezwungen - obwohl sie für die Produktion gar nicht gebraucht werden. Das ist absurd. Und zweitens würde diese **Freiheit vom absoluten Arbeitszwang** den Leuten ermöglichen zu überlegen, was sie zur Entwicklung der Gemeinschaft beitragen möchten.

BZ: In Ihrer Gesellschaft produziere ich also nicht für mich, sondern für andere?

Werner: Das ist doch heute schon der Fall. Zwar glaubt jeder, er arbeite für sich. Doch stimmt das nicht. **Denn jeder lebt von den Gütern, die andere für ihn herstellen - und nicht von seinem Einkommen. Geld kann man nicht essen.** Wer die DDR erlebt hat, der weiß das. Da gab es genug Geld, aber die Regale waren leer. Heute ist es umgekehrt. Das muss geändert werden. Denn die Arbeitskräfte sind da, die Produktionsmittel sind da, die Güter sind da - nur müssen sie anders zueinander gebracht werden.

BZ: Dennoch: Arbeit ohne Zwang - unterstellt das nicht ein utopisches Menschenbild?

Werner: Keineswegs. Heute empfinden die Menschen die Arbeit natürlich als Last - weil sie zu ihr gezwungen sind. Heute trennt das Einkommen also quasi den Menschen von seiner Arbeit, macht sie ihm zum Zwang. Das bedeutet nicht, dass Arbeit prinzipiell etwas Unerwünschtes ist. Die Menschen möchten doch gemeinschaftlich tätig sein. Wie viele arbeiten bereits heute ehrenamtlich - oder obwohl sie aus finanziellen Gründen gar nicht arbeiten müssten? In der Arbeit entsteht sozialer Kontakt, Gemeinschaftsgefühl, die Befriedigung, gebraucht zu werden und sich zu entwickeln. Die Leute unterstellen immer, der Mensch sei ein faules, betrügerisches Wesen ohne Vernunft. **Jeder denkt, die anderen bräuchten Zwang und Kontrolle - nur er selbst nicht. Das ist doch ein Widerspruch.**

BZ: Was ist mit den miesen Jobs, die keiner will?

Werner: Da gibt es **vier Möglichkeiten:** Jeder macht die Arbeit selbst - Beispiel Ikea, wo man seine Möbel selber zusammenbaut. Oder **die Arbeit wird besser bezahlt** oder automatisiert oder importiert, also Gastarbeiter angeheuert.

BZ: Nun zur zentralen Frage: Wer soll das bezahlen?

Werner: Erstens gibt der Staat ja heute schon hunderte von Milliarden für Sozialleistungen und andere Transfers, die durch das Grundeinkommen überflüssig würden: Arbeitslosengeld und -hilfe, Kindergeld, Renten, Sozialhilfe, Wohnungsgeld, Bafög, etc. Zudem würden wir gigantische Summen in der Sozialbürokratie einsparen. Zweitens brauchen wir eine komplette **Umstellung des Steuersystems auf Konsumsteuern.**

BZ: Was bedeutet das?

Werner: Nicht mehr Einkommen wird besteuert und damit Leistung gehemmt und Arbeit verteuert. Nicht mehr wirtschaftliche Initiative wird mit Abgaben belegt und damit bestraft. Sondern auf lange Sicht gibt es nur noch eine **einzigste Steuerart: die Konsumsteuer, die dann sehr hoch ist.** Sie läge in Höhe der Staatsquote, also zwischen **40 und 50 Prozent.**

BZ: Sie meinen, dass das Konsumsteueraufkommen reichen würde für alle staatlichen Ausgaben? Wie kann der Konsument den gesamten Staat finanzieren?

Werner: Natürlich, denn das Steueraufkommen bliebe ja gleich. Es würde nur an anderer Stelle erhoben: eben beim Kauf.

BZ: Wie kann der Konsument den gesamten Staat finanzieren?

Werner: Das tut er doch längst. **Schon heute zahlt der Endverbraucher am Ende alle Steuern.** Das macht sich nur keiner klar. Beispiel Unternehmensteuern: Die zahlt zwar zunächst das Unternehmen, es wälzt sie aber auf die Preise über. **Alle Steuern sind heute in den Warenpreisen enthalten,** doch ist das sehr intransparent. Die Konsumsteuer schafft hier totale Klarheit und ist gerecht: Wer viel konsumiert, wer also viel vom gemeinschaftlich erzeugten Produkt verbraucht, der trägt viel zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Wer verzichtet, der spart. Heute ist es umgekehrt: Wer viel konsumiert, der spart, denn er kauft im Dutzend billiger.

BZ: Ein Ende der Steuerprogression träfe aber die Ärmern relativ härter.

Werner: Daher gibt es ja das Grundeinkommen. Es wirkt wie der Steuerfreibetrag: eine Summe Geldes, die man mit dem Staat nicht teilen muss. Eine Umstellung auf die reine Konsumsteuer würde Schluss machen mit Schwarzarbeit, unsinnigen Steuerspar- oder Abschreibungsmodellen. Sie würde zu einem Aufschwung führen. Die wirtschaftliche Initiative der Menschen würde entfesselt, denn die Wertschöpfung wäre nicht mehr belastet durch Ausgaben für die gesellschaftliche Infrastruktur. Die Leute würden nicht mehr ängstlich sparen, sondern konsumieren, weil ihnen das Grundeinkommen die Zukunftsangst nimmt. Die Löhne wären niedrig, denn jeder erhält ja bereits ein Existenzgeld. Auslagerung von Produktion ins Ausland würde obsolet, im Gegenteil: Man würde zu uns kommen. Zudem würde der Export gefördert. Denn Exportwaren würden nicht mehr durch alle möglichen Steuern verteuert.

BZ: Wie lange brauchte dieses System zur Umsetzung?

Werner: Was uns im Weg steht, sind nur unsere **Denkblockaden.** Heute mögen meine Gedanken alle utopisch klingen. Doch wenn wir das neue System erst einmal denken können, dann können wir morgen beginnen, es einzuführen.

Berliner Zeitung, 29.12.05, Interview: Stephan Kaufmann